

Universitäts- und Hansestadt Greifswald

21.02.2019

Niederschrift des öffentlichen Teiles der 32. Sitzung

der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald vom Donnerstag, 21. Februar 2019

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 21:25 Uhr
Ort: Bürgerschaftssaal des Rathauses

Anwesenheit

Herr Ibrahim Al Najjar
Frau Ulrike Berger
Herr Dr. Ullrich Bittner
Herr André Bleckmann
Herr Ulf Burmeister
Frau Rita Duschek
Herr Rudi Duschek
Herr Frank Embach
Frau Yvonne Görs
Herr Professor Dr. Frank Hardtke
Frau Marion Heinrich
Herr Axel Hochschild
Herr Lutz Jesse
Herr Wolfgang Jochens
Herr Dr. Jörn Kasbohm
Herr Dr. Andreas Kerath
Herr Jörg König
Herr Nikolaus Kramer
Herr Alexander Krüger
Herr Christian Kruse
Herr Thomas Lange
Herr Jürgen Liedtke
Frau Karola Lüptow
Herr Peter Madjarov
Herr Dr. Thomas Meyer
Herr Thomas Mundt
Herr Christoph Oberst
Herr Dr. Sascha Ott
Herr Milos Rodatos
Herr Dr. Ulrich Rose
Frau Dr. Mignon Schwenke
Frau Birgit Socher
Herr Ludwig Spring
Herr Dr. Rainer Steffens
Herr Erik von Malottki
Frau Brigitte Witt
Frau Dr. Monique Wölk
Frau Katja Wolter
Herr Ingo Ziola

Entschuldigt

Herr Heiko Jaap
Herr Egbert Liskow
Herr Peter Multhauf
Herr Professor Dr. Thomas Treig

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift
- 3.1. Bestätigung der Niederschrift vom 17.12.2018
- 3.2. Bestätigung der Niederschrift vom 10.01.2019
4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
5. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
6. Mitteilungen der Präsidentin unter anderem über nichtöffentlich gefasste Beschlüsse nach § 31 (3) der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern
7. Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE zum Thema: "Verkehrsentwicklung in Greifswald"
8. Beschlusskontrolle
9. Beratung der Beschlussvorlagen
- 9.1. Besetzungen
- 9.1.1. Umbesetzung in OTV Schönwalde II und Groß Schönwalde
Fraktion DIE LINKE
- 9.2. Delegierte für die 40. ordentliche Hauptversammlung des Deutschen Städtetages
- 9.3. Wahl der Kinderbeauftragten
Frau Dr. Mignon Schwenke im Auftrag des Ausschusses für Sport, Soziales und Jugend
- 9.4. Bestellung der ehrenamtlichen Kinderbeauftragten der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. I, Familienbeauftragte
- 9.5. Positionierung der UHGW zum Finanzausgleichsgesetz (FAG) 2020
Der Oberbürgermeister
- 9.6. Annahme einer Spende für die Kindertagesstätte „R. Petershagen“
Dez. I, Eigenbetrieb Hanse-Kinder
- 9.7. Verpflegungskosten in den Einrichtungen des Eigenbetriebes „Hanse-Kinder“ 2019 und 2020
Dez. I, Eigenbetrieb Hanse-Kinder
- 9.8. Beschluss der Satzung des Kinder- und Jugendbeirates der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. I, Familien- und Präventionsbeauftragte

- 9.9. Umwandlung von Planstellen in Beamtenplanstellen
Dez. I, Amt 10
- 9.10. Beendigung des Ehrenbeamtenverhältnisses des stellvertretenden Ortswehrführers der freiwilligen Feuerwehr
Dez. I, Amt 10
- 9.11. Prüfbericht und Prüfvermerk zum Jahresabschluss 2014 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
André Bleckmann, Vors. des Rechnungsprüfungsausschusses
- 9.12. Feststellung des Jahresabschlusses 2014 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und Entlastungserteilung des Oberbürgermeisters
Dez. I, Amt 20
- 9.13. Fortschreibung des Einzelhandelsfachplans für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. II, Amt 60
- 9.14. Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Herstellung notwendiger Stellplätze und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder sowie über die Erhebung von Ablösebeträgen für notwendige Stellplätze und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder (Stellplatz- und Fahrradabstellplatzsatzung)
Dez. II, Amt 60
- 9.15. 23. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, Feststellungsbeschluss (Bereich des Bebauungsplans Nr. 55 - Hafenstraße -)
Dez. II, Amt 60
- 9.16. 17. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, Änderungs-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss (Bereich des Bebauungsplans Nr. 115 - Am Aalbruch -)
Dez. II, Amt 60
- 9.17. 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 65 - Grimmer Straße -; Satzungsbeschluss
Dez. II, Amt 60
- 9.18. Änderungssatzung zur KUS-Satzung bzgl. Schwimmbad-Kurzzeittarife
Fraktion DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4, interfraktionell angestrebt
- 9.19. Begrenzung der Elternbeiträge
SPD-Fraktion
- 9.20. Maßnahmenkatalog zur Unterstützung der Schaffung von sozialem und bezahlbarem Wohnraum in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Erik von Malottki (stellvertretend für die AG Bezahlbarer Wohnraum)
- 9.21. Keine Serviceverschlechterungen für die Bürger in Greifswald bei der Müllentsorgung
SPD-Fraktion
10. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft
11. Schluss der Sitzung

TOP 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**Die Präsidentin der Bürgerschaft**

- . eröffnet die Sitzung.
- . stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.
- . fragt, ob sich jemand gegen die Tonaufnahmen der anwesenden Presse ausspreche. Das ist nicht der Fall.

TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung**Die Präsidentin der Bürgerschaft**

- . ruft den Tagesordnungspunkt auf.
- . gibt folgende Informationen:
 - Zu TOP 9.9 gebe es einen Änderungsantrag der SPD-Fraktion.
 - Zu TOP 9.14 gebe es einen Änderungsantrag der SPD-Fraktion und einen der CDU-Fraktion.
 - Zu TOP 9.19 und TOP 9.21 gebe es jeweils eine neue Version.
 - Es seien zwei nachträgliche Vorlagen eingegangen:
 - o „Anregungen zur Förderung bezahlbaren Wohnens in Greifswald“ (06/1777)
 - o „Wahlaufruf der Bürgerschaft und des Oberbürgermeisters“ (06/1783)

Frau von Busse

. erklärt, dass sich die Dringlichkeit der nachträglichen Vorlage „Anregungen zur Förderung bezahlbaren Wohnens in Greifswald“ (06/1777) aus der ebenfalls auf der Tagesordnung stehenden Vorlage „Maßnahmekatalog zur Unterstützung der Schaffung von sozialem und bezahlbarem Wohnraum in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“ (06/1746.1) ergebe. Die Verwaltung sei zur letzten Sitzung der Bürgerschaft beauftragt worden, ihre Ideen vorzustellen. Dabei sei im Wesentlichen dazu aufgefordert worden, die Problematik zu diskutieren, was durch diese Vorlage erreicht werden solle.

Frau Socher lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung gesetzt werden soll:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	2	1

Herr Oberst

. begründet die Dringlichkeit der nachträglichen Vorlage „Wahlaufruf der Bürgerschaft und des Oberbürgermeisters“ (06/1783) mit der Wichtigkeit eines guten Zusammenlebens in Europa. Dafür sei eine gemeinsame Beteiligung u. a. an der Wahl wichtig. Um sich an der Wahl beteiligen zu können, müsse man 21 Tage vor der Wahl im Wählerregister eingetragen sein. Ein Beschluss in der nächsten Sitzung der Bürgerschaft sei daher zu spät.

Frau Socher lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung gesetzt werden soll:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
25	6	4

Die Vorlage „Anregungen zur Förderung bezahlbaren Wohnens in Greifswald“ (06/1777) wird unter TOP 9.22 eingeordnet, solle jedoch gemeinsam mit TOP 9.20 diskutiert werden.

Die Vorlage „Wahlaufruf der Bürgerschaft und des Oberbürgermeisters“ (06/1783) wird

unter TOP 9.23 eingeordnet.

Herr Dr. Meyer

. beantragt den TOP 9.19 „*Begrenzung der Elternbeiträge*“ (06/1736.1) in dieser Sitzung der Bürgerschaft nicht zu behandeln und sie stattdessen erst einmal in den Fachausschüssen zu diskutieren.

Der Antragsteller erhält die Möglichkeit zu erklären, weshalb diese Beschlussvorlage heute unbedingt behandelt werden sollte.

Herr von Malottki

. erklärt, dass diese Beschlussvorlage inhaltlich bereits in den Fachausschüssen sowie in der Bürgerschaft behandelt worden sei.

Aus seiner Sicht sei die Beschlussvorlage dringlich, da die Eltern ansonsten noch länger warten müssten. Außerdem würden die Kindertagesstätten die Kita-Budgets benötigen.

Frau Socher lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage von der Tagesordnung gestrichen werden soll:

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	15	20	1

Frau Socher lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen:

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	0	4

TOP 3. Bestätigung der Niederschrift

TOP 3.1. Bestätigung der Niederschrift vom 17.12.2018

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau von Busse

. teilt mit, dass sie Änderungen eingereicht habe.

Diese seien jedoch nicht in der Kanzlei der Bürgerschaft eingegangen.

Um die Änderungsvorschläge vollständig vortragen zu können, lässt Frau Socher darüber abstimmen, ob TOP 5 „*Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt*“ vorgezogen werden soll:

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	1	0

Es wird mit TOP 5 fortgesetzt (Seite 7)

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt erneut auf.

Frau von Busse

. informiert, dass im Zuge der Domain-Umstellung in der Stadtverwaltung die E-Mail in der Kanzlei der Bürgerschaft nicht angekommen sei.

. bittet um folgende Änderungen:

TOP 8.6 auf Seite 14 im 2. Absatz:

Frau Hanke

informiert, dass zwischenzeitlich eine Bürgerbeteiligung im **Quartiersbüro** stattgefunden habe.

TOP 8.6 auf Seite 15 im 4. Absatz Satz 2:

Frau von Busse

Wenn Radfahrer auf dem Gehweg fahren, fahren sie an den Stellen **über die Straße**, wo es Überführungen gebe.

TOP 8.11 auf Seite 31 im 2. Absatz als Satz 1:

Frau von Busse

bestreitet, dass durch den Minister solche Aussagen getätigt worden seien. Auch die Verwaltung habe den Minister bei verschiedenen Veranstaltungen gesehen. Dort habe er keine solchen Hinweise gegeben. Es sei nicht erklärlich, warum der Minister solche Aussagen gegenüber Mitgliedern der Bürgerschaft tätigen sollte, aber nicht gegenüber der Verwaltung.

Frau Socher lässt über die Aufnahme der Änderungen in das Protokoll abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	6

Frau Socher lässt über die geänderte Niederschrift abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	2

TOP 3.2. Bestätigung der Niederschrift vom 10.01.2019

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau von Busse

. bittet um folgende Änderungen:

TOP 9.12 auf Seite 12 im 4. Absatz Satz 5:

Frau von Busse

...

Für den Hansering und die bisher zugesagte Förderung von 3,5 Mio. EUR sei bereits vor Monaten der ...

TOP 10 auf Seite 17 im 6. Absatz Satz 5:

Frau von Busse

. antwortet, dass **in der öffentlichen Auslegung** zum B-Plan 13 noch Einwände...

Frau Socher lässt über die Aufnahme der Änderungen in das Protokoll abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	10

Frau Socher lässt über die geänderte Niederschrift abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	5

Herr Madjarov

. weist auf die Einhaltung der Geschäftsordnung der Bürgerschaft der der Universitäts- und Hansestadt Greifswald hin, worin enthalten sei, dass Änderungen der Niederschrift mindestens eine Woche vor der Sitzung eingehen sollten.

Frau Socher

. macht darauf aufmerksam, dass Frau von Busse soeben erklärt habe, weshalb die E-Mail im Vorfeld nicht den Mitglieder der Bürgerschaft zugesandt worden sei.

TOP 4. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner**Die Präsidentin der Bürgerschaft**

. ruft den Tagesordnungspunkt auf.
. weist darauf hin, dass die Redezeit vier Minuten betrage.

Herr Obst

. bezieht sich auf den B-Plan 65 – Grimmer Straße, insbesondere auf die Umwidmung einer privaten Grünfläche im Bauland.
Es habe sich hierbei um ein kleines Areal mit großen Bäumen und einem Teich gehandelt, welches direkt an einen Spielplatz angrenzt habe. Der Investor habe dort regelmäßig illegale Baumaßnahmen durchgeführt.
. kritisiert, dass die ganzen städtischen Planungen sukzessive an die illegalen Baumaßnahmen angepasst worden seien.
. geht davon aus, dass das Naturschutzgutachten erstellt worden sei, nachdem die Bäume und Sträucher bereits gekappt worden seien und es sich damit nicht mehr um eine objektive Entscheidungsgrundlage handle.

Es wird mit TOP 6 fortgesetzt (Seite 10).

TOP 5. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Oberbürgermeister macht folgende Mitteilungen:

- Nichtöffentliche Beschlüsse der Sitzung des Hauptausschusses am 28.01.2019
 - o Vergabe von Leistungen nach der VgV – Ausstattung des Ersatzneubaus der Integrierten Gesamtschule „Erwin Fischer“
 - o Anhörung im Rahmen einer Auftragsvergabe nach VOB
Universitäts- u. Hansestadt Greifswald / Stadtteilpark Ost – Dubnaring / Aufwertung durch Erweiterung der Aufenthalts- u. Freizeitangebote - Freianlagen
Leistung: Garten-, Landschafts- und Spielplatzbau
Vergabe- Nr.: 23/18-45 öffentliche Ausschreibung
- Haushalt 2019/20
Es sei festgestellt worden, dass es eine positive Entwicklung im Haushalt gebe. Die Zahlen in der Haushaltsdurchführung 2018 würden nun um 6 Mio. EUR besser ausfallen. Der Vortrag von 6 Mio. EUR könne in das neue Haushaltsjahr übertragen und in den neuen Haushaltsplan 2019/20 aufgenommen werden. Dies bedürfe jedoch einer neuen Beschlussfassung durch die Bürgerschaft. Im Dezember sei man von einem Defizit von 4,8 Mio. EUR im Finanzhaushalt ausgegangen.

Dies biete die Möglichkeit, einen wesentlich besseren Haushalt in Schwerin einzureichen und die Gefahr eines Haushaltssicherungskonzeptes zu umgehen. Außerdem sei damit die Gewerbesteuererhöhung nicht mehr notwendig. Daher schlage die Verwaltung vor, den Haushalt neu zu beschließen. Alle Beschlüsse, die in der Sitzung der Bürgerschaft am 17.12.2018 dazu gefasst worden seien, sollten dabei bestehen bleiben – mit Ausnahme der Gewerbesteuererhöhung. In Absprache mit den Fraktionsvorsitzenden werde es eine Sondersitzung der Bürgerschaft am 18.03.2019 geben, in der der Haushalt neu behandelt werden solle.

Auch in der regulären Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen am 11.03.2019 bestehe ebenfalls die Möglichkeit, über den Haushalt zu sprechen.

- Feuerwerk in der Stadt
Mehrere Bürger hätten bereits den Oberbürgermeister bezüglich des Feuerwerkes in der Stadt angesprochen. Diesbezüglich gebe es bereits eine Beschlussvorlage der SPD-Fraktion.
- Schullastenausgleich
Die Kommune müsse für jeden Schüler, der nicht in eine städtische Schule gehe, einen Ausgleich an die Freien Träger zahlen. Der Ausgleich pro Kind entspräche den Kosten pro Kind in den eigenen Schulen. Dies werde pro Jahr neu berechnet. Sollte in einem Jahr eine große Investition in einer Schule erfolgen, steige demnach auch der Ausgleich an die Freien Schulen. Es bestehe jedoch die Möglichkeit langfristiger Vereinbarungen. Die vorletzte Gesprächsrunde habe diesbezüglich bereits stattgefunden. Vermutlich werde demnächst – die Zustimmung der Bürgerschaft vorausgesetzt – eine fünfjährige Vereinbarung abgeschlossen werden können.
- Kappung der Schwarzpappel in der Hans-Fallada-Straße
Dieses Vorgehen sei rechtzeitig angekündigt worden. Leider habe es für diese Maßnahme keine Alternative gegeben. Es seien mehrere Gutachten erstellt worden. Das letzte vom 14.01.2019 habe ergeben, dass es keine Alternative zur Kappung, aus Gründen der Verkehrssicherheit gebe. Der Baum sei bereits um die 200 Jahre alt, habe eine Höhe von 33 Metern und bestehe aus vier gewaltigen Hauptästen. Jeder dieser Äste wiege sechs bis acht Tonnen. Aufgrund der Absturzgefahr sei die Universität bereits kurz davor gewesen, ihr daneben stehendes Gebäude zu räumen. Im Zusammenhang mit der letzten Pflegemaßnahme seien Stecklinge des Baumes entnommen und an das Arboretum übergeben worden. Diese seien bereits angewachsen und würden in drei Jahren bereit zum Auspflanzen seien. Der Baum sei am Ende seines Alterungsprozesses angekommen und die Äste würden demnächst abfallen. Dies könne man nicht riskieren. Zudem bestehe die Möglichkeit, dass der Baum nach Kappung der Äste wieder austreibe.
- Aktueller Stand der Baderstraße 2
Durch einen Prüfauftrag der Bürgerschaft sollte die Verwaltung prüfen, ob ein Modernisierungs- und Instandsetzungsgebot der richtige Weg sei, das Haus denkmalgerecht zu erhalten. Im nächsten Gremienlauf werde eine entsprechende Beschlussvorlage eingereicht. Darin werde ausführlich begründet, warum ein Modernisierungsgebot aus Sicht der Verwaltung nicht das geeignete Mittel sei und eine Möglichkeit zum weiteren Vorgehen aufgezeigt. Parallel dazu laufe eine Prüfung, ob es sinnvoll sei, wieder in das Enteignungsverfahren einzusteigen. Mit Herrn Prof. Dr. Lege, der das Verfahren damals begründet und vorangetrieben habe, sei man bereits im Austausch.

- 50. Todestag von Rudolph Petershagen
Es werde an seinem Grab am 13.04.2019 um 10:00 Uhr eine Kranzniederlegung stattfinden, wozu die Mitglieder der Bürgerschaft selbstverständlich herzlich eingeladen seien.

Herr Hochschild

- . kritisiert die Verrechnung um 6 Mio. EUR im städtischen Haushalt.
- . freut sich jedoch über die Nichterhöhung der Gewerbesteuer.
- . bittet, in Vorbereitung auf die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen um Zusendung des Zahlenmaterials mindestens eine Woche im Voraus.
- . möchte wissen, ob es personelle Konsequenzen in der Kämmerei gebe.

Der Oberbürgermeister

- . weist darauf hin, dass sich niemand verrechnet habe. Es sei der Jahresabschluss 2018 erstellt worden und hierbei habe es eine Abweichung der Planzahlen von den Ist-Zahlen gegeben. Der Haushalt 2017/18 sei anscheinend sehr vorsichtig aufgestellt worden. Personalangelegenheiten würden nicht im öffentlichen Teil besprochen werden.

Frau Dr. Wölk

- . macht darauf aufmerksam, dass – gerade, wenn es um die Fällung oder Kappung großer Bäume gehe – immer wieder negativ angemerkt worden sei, dass diese Informationen nicht im Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung gegeben worden seien und daher dort keine Diskussion diesbezüglich möglich gewesen sei.
- . möchte daher wissen, wie diese Mitteilungen zukünftig sichergestellt werden können.

Der Oberbürgermeister

- . stellt klar, dass man zwischen Fällungen im Rahmen von Bauvorhaben und Verkehrssicherheitsmaßnahmen unterscheiden müsse. Zur Durchführung letzterem sei die Stadt verpflichtet. Über Baumfällungen im Rahmen von Bauvorhaben werde regelmäßig informiert.

Herr von Malottki

- . fragt, warum bei der Schwarzpappel nicht den Experten Glauben geschenkt worden sei.

Herr Kremer

- . informiert über den Stand der Verpachtung des Philipp-Müller-Stadions. Im letzten Jahr sei der Pachtvertrag mit dem Greifswalder FC e.V. aufgehoben worden. Derzeit befinde man sich in Verhandlungen mit dem FSV Blau Weiß Greifswald e.V.. Hierbei gebe es eine Interessenkooperation. Der Verein würde einen Pachtvertrag mit einer relativ kurzen Kündigungsfrist abschließen. Außerdem würden sie ein Konzept entwickeln, wie man die Flächen weiterentwickeln könne. Die Verwaltung habe großes Interesse daran, die Flächen wieder bewirtschaften zu lassen. Es liege zusätzlich eine positive Stellungnahme des Sportbundes vor, sodass, wenn Einigung bestehe, der Pachtvertrag abgeschlossen werden sollte. Nach den Wertgrenzen sei weder der Hauptausschuss noch die Bürgerschaft zu beteiligen, daher erfolge in diesem Rahmen die Information.

Frau Berger

- . erinnert daran, dass es schon einmal eine ähnliche Situation mit der Schwarzpappel gegeben habe.
- . möchte daher wissen, warum die für die Pappel positiv ausfallenden Gutachten nicht in Erwägung gezogen worden seien.

Der Oberbürgermeister

- . stellt klar, dass es kein zweites Gutachten gebe, sondern es sich hierbei lediglich um eine Aussage eines Dendrologen in der Presse handle. Dieser sage, dass er eine

Methode kenne, bei der der Baum nicht gekürzt werden müsse.

Es wird mit TOP 3.1 fortgesetzt (Seite 5)

TOP 6. Mitteilungen der Präsidentin unter anderem über nichtöffentlich gefasste Beschlüsse nach § 31 (3) der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern

Die Präsidentin der Bürgerschaft

. ruft den Tagesordnungspunkt auf.

. informiert über

- die Sondersitzung der Bürgerschaft am 18.03.2019. Alle Fraktionsvorsitzenden und die Vorsitzenden der Fachausschüsse würden sich um 16:30 Uhr im Senatssaal treffen, um über die Auswahl der zu ehrenden Bürger der Stadt zu sprechen. Ab 18:00 Uhr werde die Sondersitzung der Bürgerschaft im Bürgerschaftssaal stattfinden.
- die in der letzten Sitzung der Bürgerschaft am 10.01.2019 beschlossenen nichtöffentlichen Beschlüsse:
 - o Wirtschaftsplan 2019 des Eigenbetriebes Seesportzentrum Greif
 - o Wirtschaftsplan 2019 des Abwasserwerkes Greifswald – Eigenbetrieb der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
 - o Wirtschaftsplan 2019 des Eigenbetriebes „Hanse-Kinder“
 - o Vertrag über die Nutzung des Freizeitbad Greifswald für den Schul- und Vereinssport

TOP 7. Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE zum Thema: "Verkehrsentwicklung in Greifswald"

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Dr. Kasbohm

. führt in die Thematik ein und begründet die Einbringung des Themas:

- verstärkte Diskussionen zu diesem Thema inner- und außerhalb der bürgerschaftlichen Gremien
- mehreren Anfragen von Einwohner*innen

. präsentiert die Ziele, die mit dieser Großen Anfrage erreicht werden sollen:

- Fachlich begründete Übersicht – was seien Schwerpunkte im Verkehrsgeschehen?
- Einordnung der vorgesehenen Einzelmaßnahmen und diversen Planungen in ein Gesamtkonzept
- Reduzierung des Verkehrsaufkommens und damit beispielsweise eine Lärmschutzminderung
- Seien die Gestaltungsprozesse geeignet oder müssten noch Entwicklungen vorgenommen werden?

Frau von Busse

. beantwortet die Große Anfrage.

(Die Beantwortung ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.)

Frau Socher

. informiert, dass ein Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Aussprache eingegangen sei. Die Aussprache solle jedoch nicht länger als 30 min dauern.

Herr König

. ist froh, dass wichtige Probleme in der Stadt und im Verkehr erkannt worden seien.

An sich gestalte sich der Verkehr in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald ganz

gut. Problematisch seien die Randphänomene des Verkehrs wie Lärm, Abgase und Unfälle.

In den letzten Jahren habe sich der Verkehr kaum verändert. Jedoch könne man Lärm, Abgase und Unfälle kaum vermeiden, wenn der Autoverkehr nicht reduziert werde. Dafür müssten attraktivere Angebote für die Fahrradfahrer geschaffen werden. Momentan gestalte sich dies in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald noch schwierig. Die derzeitigen Radfahrwege würden nicht die notwendige Sicherheit und den Komfort bieten.

. befürwortet die Erneuerung des Radwegverkehrsplans.

Herr Madjarov

. geht beispielhaft auf den Ortsteil Eldena ein, der eine hohe Verkehrsbelastung ertragen müsse. Dafür müsse eine Lösung gefunden werden.

. geht auf das Konzept Park-and-ride ein und erklärt, dass das System für Greifswald unrealistisch sei, da man günstig in der Innenstadt parken könne und diese Kosten geringer als das Busticket seien.

Frau Dr. Wölk

. berichtet, dass in letzter Zeit viele Baustellen und andere Probleme an einzelnen Stellen für Unruhe im Verkehr gesorgt hätten.

. hätte sich gewünscht, anhand von konkreten Beispielen oder vernetzten Ideen und Visionen gezeigt zu bekommen, wo es in der Stadt hingehen solle.

. spricht folgende Punkte an:

- Problematik des Bauvorhabens Hansering
- Schaffung von Fahrradwegen und -straßen
- Stärkung des Nahverkehrs beispielsweise erhöhter Busverkehr zu Pendlerzeiten
- Steigerung der Attraktivität des Nahverkehrs und Angebot von Alternativen zum PKW

. regt an, die AG „Verkehr“ stärker zu involvieren.

Herr Dr. Rose

. stellt die Bearbeitungsstände der Thematik „Verkehrskonzept in der Innenstadt“ vor. *(Dies wird als Anlage dem Protokoll beigelegt.)*

Seit mindestens 2016 werde darüber gesprochen, dass sich die Verkehrsverhältnisse in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald grundlegend ändern müssten. Das Konzept liege immer noch nicht vor und niemand sei damit beauftragt worden.

Herr Dr. Ott verlässt während des TOPs die Sitzung der Bürgerschaft.

TOP 8.

Beschlusskontrolle

keine Anmerkungen

TOP 9.

Beratung der Beschlussvorlagen

TOP 9.1.

Besetzungen

TOP 9.1.1.

Umbesetzung in OTV Schönwalde II und Groß Schönwalde

06/1729 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
B831-32/19 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„ Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:
Frau Simone Dehn wird als stellvertretendes Mitglied in der OTV Schönwalde II und Groß Schönwalde*

abberufen, aber dafür als Mitglied dieser Ortsteilvertretung berufen.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 9.2. Delegierte für die 40. ordentliche Hauptversammlung des Deutschen Städtetages

06/1704 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
B832-32/19 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald entsendet zur 40. Mitgliederversammlung des Deutschen Städtetages vom 4. bis 6. Juni 2019 zwei Delegierte mit Stimmrecht:

CDU-Fraktion

Herr Christian Kruse

Fraktion DIE LINKE

Frau Yvonne Görs

Der Oberbürgermeister der Universitäts- und Hansestadt Greifswald ist gem. § 6 Abs. 3 der Satzung des Deutschen Städtetages als Mitglied im Präsidium des Deutschen Städtetages neben den stimmberechtigten Delegierten zur Hauptversammlung stimmberechtigt.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	1

TOP 9.3. Wahl der Kinderbeauftragten

06/1741 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
B833-32/19

Frau Dr. Schwenke

. bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Hochschild

. beantragt im Namen der CDU-Fraktion geheime Wahl zwischen Frau Engel und Frau Schulz.

Frau Socher

. weist darauf hin, dass im erweiterten Präsidium festgelegt worden sei, dass der Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend eine Person vorschlage und in der Sitzung der Bürgerschaft darüber abgestimmt werde.

Herr Spring

. hält es für schwierig, zwischen zwei Kandidaten zu entscheiden, wenn man bei der Vorstellung der Kandidaten im Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend nicht anwesend gewesen sei.

Frau Dr. Schwenke

. ergänzt, dass daher die Beschlussvorlage des Ausschusses für Sport, Soziales und Jugend erarbeitet worden sei.

Herr Kramer

. stimmt Herrn Spring und Frau Dr. Schwenke zu.

. schlägt vor, sich mit dem Wahlvorschlag des Ausschusses für Sport, Soziales und Jugend zu befassen und wer den Wahlvorschlag nicht befürworte, könne dagegen stimmen. Sollte sich die Mehrheit der Bürgerschaft gegen den Wahlvorschlag aussprechen, könne ein neues Wahlprocedere begonnen werden.

Frau Socher

- . nimmt die Vorschläge für den Wahlvorstand entgegen:
 Herr Jürgen Liedtke (CDU-Fraktion)
 Frau Marion Heinrich (Fraktion DIE LINKE)
 Frau Ulrike Berger (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4)

Es gibt aus der Bürgerschaft keinen Widerspruch.

- . bittet die Wahlkommission, die Wahl vorzubereiten (Prüfung der Wahlurne, –kabine und der Stimmzettel).
 Bei der Überprüfung gibt es keine Beanstandung.

Die Präsidentin der Bürgerschaft

- . ruft die Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge zur Stimmabgabe in der Wahlkabine auf.

Nach dem Wahlgang gibt die Präsidentin der Bürgerschaft das Abstimmungsergebnis bekannt:

Abgegebene Stimmen:	38
Stimmen für Frau Cassandra Engel:	26
Stimmen für Frau Manuela Schulz:	10
Ungültige Stimmen:	2

Frau Socher

- . gratuliert Frau Engel und fragt, ob sie die Wahl annehme.

Frau Engel

- . stellt sich kurz vor und nimmt die Wahl an.

TOP 9.4. Bestellung der ehrenamtlichen Kinderbeauftragten der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/1738.1
 B834-32/19

- Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
 Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„ Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bestellt gemäß § 12a Absatz 1 der Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

*Frau Cassandra Engel
 (laut Beschlussvorlage vom Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend und Wahl durch die Bürgerschaft)*

als ehrenamtliche Kinderbeauftragte der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Dauer der Wahlperiode der Bürgerschaft.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 9.5. Positionierung der UHGW zum Finanzausgleichsgesetz (FAG) 2020

06/1749
 B835-32/19

- Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Oberbürgermeister

- . bringt die Beschlussvorlage ein.

Es sei vom Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern e.V. und vom Landkreistag Mecklenburg-Vorpommern e.V. empfohlen worden, die Vorlage mit einer Unterschrift oder wahlweise durch eine namentliche Abstimmung zu bekräftigen.
 . wird daher Unterschriftenlisten verteilen. Diese werden mit nach Schwerin geschickt.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

1. *„ Die Bürgerschaft stellt fest, dass die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern, um ihre Aufgaben wirksam erfüllen zu können, eine angemessene und aufgabengerechte Finanzausstattung benötigen. Dabei muss der rechtlich geforderte Haushaltsausgleich genauso möglich sein, wie die Wahrnehmung freiwilliger Aufgaben und Investitionen einschließlich Erhaltung der Infrastruktur.*
2. *Die Bürgerschaft erwartet vom Landtag die Einführung einer dauerhaft zu gewährenden Infrastrukturpauschale in Höhe von 166 Euro pro Einwohner, um die klaffende Lücke zum Durchschnitt aller Flächenländer im Bundesgebiet zumindest ab 2020 zu schließen.*
3. *Weiterhin erachtet es die Bürgerschaft als Selbstverständlichkeit, dass die vom Land bereits übertragenen und auch in Zukunft neu übertragenen Aufgaben vollständig aus Landesmitteln ausfinanziert werden (Konnexität).*
4. *Die Bürgerschaft unterstützt deshalb die Forderung gegenüber dem Landtag Mecklenburg-Vorpommerns aus dem beigefügten Papier der beiden kommunalen Spitzenverbände – Städte- und Gemeindetag sowie Landkreistag Mecklenburg-Vorpommern.*
5. *Die Bürgerschaft fordert die vollständige Umsetzung des Papiers. Der Landtag sollte mit einer Entschließung zu den Grundsätzen aus diesem Papier Verlässlichkeit und Klarheit schaffen. Dazu fordern wir die Abgeordneten des Landtages als die gewählten Vertreter der Menschen in unseren Städten, Gemeinden und Landkreisen ausdrücklich auf. Damit legen die Abgeordneten die Basis für eine gute Zukunft im Land, die ihre Wurzel in den Kommunen hat.*
6. *Dieser Beschluss wird der Landtagspräsidentin und in Kopie der Ministerpräsidentin des Landes M-V übersandt.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

Herr Dr. Meyer befindet sich während der Abstimmung nicht an seinem Platz.

TOP 9.6. Annahme einer Spende für die Kindertagesstätte „R. Petershagen“

06/1701 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
 B836-32/19 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Annahme einer Spende in Höhe von 5.000,00 € vom Förderverein „Kindertagesstätte Rudolf Petershagen“ für die Kindertagesstätte „Rudolf Petershagen“. Der Betrag soll zum Bau eines Schuppens genutzt werden.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

Herr Dr. Meyer befindet sich während der Abstimmung nicht an seinem Platz.

TOP 9.7. Verpflegungskosten in den Einrichtungen des Eigenbetriebes „Hanse-Kinder“ 2019 und 2020

06/1700 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
 B837-32/19 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„ Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt, die Kosten für die Verpflegung in

den Kindertageseinrichtungen des Eigenbetriebes „Hanse-Kinder“ wie folgt festzusetzen:

1. Ab dem 01.01.2019 je Portion
 - a. in der Krippe/Kindertagesstätte: Mittag 3,25 €, Vesper 0,40 €, Frühstück 0,40 €,
 - b. im Hort: Mittag 4,05 €,
2. ab dem 01.01.2020 je Portion
 - a. in der Krippe/Kindertagesstätte: Mittag 3,35 €, Vesper 0,40 €, Frühstück 0,40 €,
 - b. im Hort: Mittag 4,15 €.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	1	1

Herr Dr. Meyer befindet sich während der Abstimmung nicht an seinem Platz.

TOP 9.8. Beschluss der Satzung des Kinder- und Jugendbeirates der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/1724.1
B838-32/19

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Oberbürgermeister

. bringt die Beschlussvorlage ein.

Frau Dr. Schwenke

. sagt, dass die Fraktion DIE LINKE die Beschlussvorlage befürworte und der Variante b) zustimmen werde.

Herr Oberst

. begründet, weshalb der Kinder- und Jugendbeirat wichtig sei.
. lobt die bisherige gute Zusammenarbeit in der letzten Sitzung des Ausschusses für Sport, Soziales und Jugend im Zuge der Diskussion zur Satzung.
. plädiert ebenfalls für Variante b).

Frau Socher lässt über Variante b) der Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Satzung für einen Kinder- und Jugendbeirat der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

- a) in der Fassung der Gruppe bereits aktiver Kinder und Jugendlicher (Entwurf vom 30.10.2018)

oder

- b) in der Fassung der Verwaltung mit der Übernahme der Abstimmungen aus dem Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend vom 14.01.2019 “

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	6	2

TOP 9.9. Umwandlung von Planstellen in Beamtenplanstellen

06/1737
B839-32/19

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Der Oberbürgermeister

. bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Dr. Kerath

. informiert, dass die SPD-Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen werde.

In der Beschlussvorlage sei jedoch die Rede von einer planmäßigen, sukzessiven Ausweitung. Dieser Plan sei jedoch nicht erkennbar – werde aber benötigt. Es müsse über andere Modelle nachgedacht werden, wie die Arbeitsplätze in dieser Stadt attraktiv gemacht werden könnten.

. bringt den Änderungsantrag (06/1779) der SPD-Fraktion ein; möchte jedoch, dass dieser als Ergänzungsantrag verstanden werde.

Frau Wolter

. spricht sich gegen den Änderungsantrag aus.
 . berichtet aus eigenen berufsbedingten Erfahrungen, dass die Rückstellungen alle 10 Jahre durch ein Institut neu berechnet würden. Das bedeute, dass die Rückstellungen, die heute gebildet werden, falsch berechnet worden seien, da die Menschen eine immer höhere Lebenserwartung hätten. Dies stelle eine Belastung für die zukünftige Generation dar.

Frau Demuth

. erinnert daran, dass die Universitäts- und Hansestadt Greifswald Pflichtmitglied des Kommunalen Versorgungsverbandes Mecklenburg-Vorpommern sei. Dort werde regelmäßig eine Umlage gezahlt, wodurch abgesichert werden solle, dass die Pension später gezahlt werden könne. In der GemHVO sei festgelegt, dass zusätzliche Rückstellungen zu bilden seien. Es sei jedoch bereits darüber diskutiert worden, diese aufgrund der Beiträge an den Versorgungsverband aufzulösen.
 Zum Beamtenkonzept sei zu sagen, dass es in der Stadtverwaltung keine freien Stellen gebe. Demnach müssten Stellen umgewandelt werden, die keine hoheitlichen Aufgaben wahrnahmen. Damals seien im Konzept 99 Stellen aufgeführt worden, die Beamtenstellen sein könnten und die vorwiegend mit hoheitlichen Aufgaben betraut seien. Aber diese Stellen seien derzeit nicht frei. Man könnte ein Konzept erstellen, wobei die Stellen bei Ausscheiden der derzeitigen Stelleninhaber in eine Beamtenstelle umgewandelt würden. Jedoch werde jetzt ausgebildet und bis dahin würden die fertig gewordenen Beamten nicht warten.
 . betont, dass es sich bei dieser Ausbildung um die beste Ausbildung handele, die die Verwaltung bekommen könne.

Frau Dr. Wölk

. fragt, ob es nicht möglich sei, die Abteilungsleiter höher zu gruppieren, ohne dass eine Verbeamtung vorgenommen werden müsse.

Frau Demuth

. antwortet, dass es den Personen nicht vorwiegend um das Geld gehe, sondern eher um den Status des Beamten.
 Die Stadt würde die Ausbildung bezahlen und nach Beendigung dieser, würden die Personen die Stadtverwaltung verlassen, weil hier keine Beamtenstellen zur Verfügung ständen.
 Eine Überprüfung aller Stellen der Abteilungsleiter laufe bereits.

Der Änderungsantrag (06/1779) der SPD-Fraktion wird zurückgezogen.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt beschließt die Umwandlung der nachfolgend aufgeführten Angestelltenplanstellen im Stellenplan 2019/2020 in Beamtenplanstellen.“

<i>lfd. Nr.</i>	<i>Amt/Abteilung Stellenplan Nr.</i>	<i>Bezeichnung der Stelle</i>	<i>TVöD Eingruppierung</i>	<i>LaufbGr. Einstiegsamt,</i>
1.	Haupt-und Personal- amt 10.00.00.003	Sachbearbeiter/in Personal- entwicklung/Controlling	EG 10	Laufb.Gr. 2, 1. Einstiegs- amt, StVA

2. Amt für Wirtschaft und Finanzen 20.01.00.006.0	Sachbearbeiter/in Anlagenbuchhaltung	EG 9c	Laufb.Gr.2 1. Einstiegsamt, StVOI
<u>ab 01.01.2020</u>			
3. Amt für Bürgerservice und Brandschutz 32.05.00.001.0	Abteilungsleiter/in/allg. Ordnungsaufgaben/Märkte/Veranstaltungen	EG 10	Laufb.Gr. 2 1. Einstiegsamt, StVA“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	12	6

TOP 9.10. Beendigung des Ehrenbeamtenverhältnisses des stellvertretenden Ortswehrführers der freiwilligen Feuerwehr

06/1733

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
Die Bürgerschaft nimmt die Beschlussvorlage zur Kenntnis:

„Der stellvertretende Ortswehrführer der freiwilligen Feuerwehr der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, Herr Daniel Krüger, ist auf seinen Antrag mit Ablauf des 28.02.2019 aus dem Ehrenbeamtenverhältnis zu entlassen.“

TOP 9.11. Prüfbericht und Prüfvermerk zum Jahresabschluss 2014 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/1660
B840-32/19

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Bleckmann

. bringt die Beschlussvorlage ein.
. bittet die Bürgerschaft um ihr Meinungsbild, zur Fortsetzung der Arbeit des Rechnungsprüfungsausschusses nach der Kommunalwahl bis zur Konstituierung der neuen Bürgerschaft.

Der Oberbürgermeister

. bedankt sich für die bisherige Arbeit zu den Jahresabschlüssen.
. befürwortet den Vorschlag von Herrn Bleckmann.

Der Vorschlag von Herrn Bleckmann findet auch die Zustimmung des Rechtsamtsleiters Herrn Reinsch.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

1. „ Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald nimmt den Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2014 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald des Rechnungsprüfungsamtes zur Kenntnis und macht sich diesen zu eigen.
2. Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister, die Beanstandungen aus der Prüfung des Jahresabschlusses 2014 zeitnah auszuräumen.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	1

TOP 9.12. Feststellung des Jahresabschlusses 2014 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und Entlastungserteilung des Oberbürgermeisters

06/1747
B841-32/19

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. Den Jahresfehlbetrag zum 31.12.2014 in Höhe von 6.711.781 EUR durch eine Entnahme aus der zweckgebundenen Kapitalrücklage in Höhe von 5.767.142 EUR als höchstmöglichen Entnahmebetrag auszugleichen.
2. Gemäß § 60 Abs. 5 Satz 1 KV M-V den geprüften Jahresabschluss der Stadt für das Haushaltsjahr 2014 festzustellen.
3. Gemäß § 60 Abs. 5 Satz 2 KV M-V dem Oberbürgermeister die Entlastung für das Haushaltsjahr 2014 zu erteilen.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

06/1788 Frau Socher lässt über den Vorschlag von Herrn Bleckmann abstimmen:
B842-32/19

„Die Bürgerschaft beauftragt den Rechnungsprüfungsausschuss seine Prüfhandlungen zum Jahresabschluss 2015 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald auch nach der Kommunalwahl am 26. Mai 2019 und bis zur Konstituierung der neu gewählten Bürgerschaft fortzuführen. Sollte die Prüfung des Jahresabschlusses 2015 rechtzeitig abgeschlossen werden können, so ist für die konstituierende Sitzung der Bürgerschaft am 25. Juni 2019 eine entsprechende Beschlussvorlage vorzubereiten.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 9.13. Fortschreibung des Einzelhandelsfachplans für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/1696
B843-32/19

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr Kaiser

. informiert, dass die Stellungnahmen des Einzelhandelsverbandes Nord-Ost e.V., des Amtes für Raumordnung und Landesplanung Vorpommern und des Vereins Greifswalder Innenstadt e.V. (VGI) ausstehen würden.

Lediglich die IHK habe schriftlich mitgeteilt, dass die kontinuierliche Begleitung der Fortschreibung des Einzelhandelsfachplans durch das Fachgremium ihrer Ansicht nach zu einer weitgehenden Konsensbildung unter den Beteiligten und zu einem konstruktiven Austausch über die zukünftige Entwicklung der Einzelhandelsstruktur der Stadt Greifswald geführt habe. Dieser Ansatz werde ausdrücklich begrüßt. Der Einzelhandelsverband Nord-Ost e.V. habe eine mündliche Stellungnahme dazu abgegeben. „Die Aussagen des Greifswalder Einzelhandelsfachplans werden vom Verband vollumfänglich mitgetragen und eine Beschlussfassung durch die Bürgerschaft empfohlen.“ Der VGI werde keine schriftliche Stellungnahme abgeben, aber sei mit dem vorliegenden Einzelhandelsfachplan einverstanden.

Herr Dr. Kasbohm

. informiert, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Kultur empfehle, die Beschlussvorlage zur Kenntnis zu nehmen und nicht zu beschließen.

. plädiert dafür, einen Beschluss zu fassen, um die Möglichkeiten zu haben, die Abgrenzung im Sortiment rechtlich und transparent zu fassen. Außerdem könne die Ausweisung der Nahversorgungsbereiche vorgenommen werden.

Frau Socher

. lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage nur zur Kenntnis genommen werden soll:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	mehrheitlich	6

Herr von Malotki und Herr Kramer befinden sich während der Abstimmung nicht an ihrem Platz.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Fortschreibung des Einzelhandelsfachplans gemäß Anlage 1.

Der Einzelhandelsfachplan beinhaltet neben analytischen Aussagen zum Einzelhandelsbestand auch planerische Aussagen zum Zentrenkonzept mit einer Festlegung und Abgrenzung der zentralen Versorgungsbereiche sowie einer Festlegung der „Greifswalder Sortimentsliste“.

Eine erneute Aktualisierung und Fortschreibung des Einzelhandelsfachplans ist nach fünf bis sieben Jahren vorgesehen.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	1	3

Herr von Malotki befindet sich während der Abstimmung nicht an seinem Platz.

Herr Mundt übernimmt die Sitzungsleitung.

TOP 9.14. Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Herstellung notwendiger Stellplätze und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder sowie über die Erhebung von Ablösebeträgen für notwendige Stellplätze und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder
 06/1757
 B844-32/19 **(Stellplatz- und Fahrradabstellplatzsatzung)**

Der 2. Vizepräsident der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Dr. Wölk

- . befürwortet die Aufnahme der Fahrräder in diese Satzung.
- . bringt den Änderungsantrag der SPD-Fraktion (06/1732) ein.
- . spricht sich gegen den Änderungsantrag der CDU-Fraktion aus.

Herr Hochschild

- . bringt den Änderungsantrag (06/1785) der CDU-Fraktion ein.

Herr Dr. Kasbohm

- . erinnert an die Große Anfrage und sagt, dass mehr Fahrradverkehr gewollt sei und demnach auch Stellplätze für Fahrräder geschaffen werden müssten.

Herr Madjarov

- . erklärt zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion, dass man sich nicht entscheiden könne, ob ein Stellplatz gebaut werde oder ob man die Ablöse zahle. Man müsse begründen, warum die Errichtung von Stellplätzen nicht umsetzbar sei. Erst nach Prüfung aller Alternativen, müsse bei Nichtumsetzung die Ablöse gezahlt werden.
- . kritisiert, dass der Änderungsantrag der CDU-Fraktion nicht in der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung diskutiert worden sei.

Herr Kaiser

- . berichtet, dass bisher jeder Investor daran interessiert gewesen sei, Stellplätze im Übermaß zu schaffen. Vermietbarkeit im Wohnraum hänge auch damit zusammen, ob man einen Stellplatz nachweisen könne.

. ist der Meinung, dass Wohnraum nicht noch verteuert werden sollte, indem der Investor gezwungenermaßen ablösen müsse.

Herr Dr. Kerath

. kritisiert den Änderungsantrag der CDU-Fraktion. Es sei nicht ersichtlich, welches Wort in welchem Absatz in der Satzung gestrichen werden solle. Über diesen Antrag könne keine Abstimmung erfolgen.

Herr Hochschild

. erklärt, dass im Änderungsantrag eindeutig formuliert sei, dass die Fahrräder gestrichen werden sollen.

Herr Mundt lässt über den Änderungsantrag (06/1785) der CDU-Fraktion abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt, dass in die Stellplatzsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald keine Abstellmöglichkeiten für Fahrräder aufgenommen werden.“

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	12	25	

Frau Wolter befindet sich während der Abstimmung nicht an ihrem Platz.

Herr Mundt lässt über den Änderungsantrag (06/1732) der SPD-Fraktion abstimmen:

„Die Beschlussvorlage 06-1563.1 zur Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Herstellung notwendiger Stellplätze und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder sowie über die Erhebung von Ablösebeträgen für notwendige Stellplätze und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder (Stellplatz- und Fahrradabstellplatzsatzung) bzw. die Satzung selbst (Anlage 1 zur Vorlage in der Entwurfsfassung vom 09.10.2018) wird wie folgt geändert:

- §7 der Satzung, Satz (3) ist wie folgt zu verändern (Änderungen sind rot markiert). Anlage 3 der Satzung ist entsprechend anzupassen:

Die Höhe des Ablösebetrages richtet sich nach der Anzahl der abzulösenden Stellplätze oder abzulösenden Fahrradabstellplätze und Lage des Vorhabens. Der zu zahlende Ablösebetrag für jeden nicht geschaffenen, aber notwendigen Stellplatz oder notwendigen Fahrradabstellplatz wird unter Zugrundelegung ~~eines 80~~ ~~Vomhundertsatzes~~ der durchschnittlichen Herstellungskosten eines Stellplatzes bzw. Fahrradabstellplatzes einschließlich der Kosten des Grunderwerbs wie folgt festgelegt:

	<i>je Stellplatz</i>	<i>je Fahrradabstellplatz</i>
<i>In der Gebietszone 1:</i>	<i>11.050,00 Euro</i>	<i>506,00 Euro</i>
<i>In der Gebietszone 2:</i>	<i>6.850,00 Euro</i>	<i>338,00 Euro“</i>

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	17	15	2

Herr Mundt lässt über die geänderte Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die anliegende Neufassung der „Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Herstellung notwendiger Stellplätze und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder sowie über die Erhebung von Ablösebeträgen für notwendige Stellplätze und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder (Stellplatz- und Fahrradabstellplatzsatzung)“ gemäß Anlage 1.“

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	26	12	0

Frau Socher übernimmt die Sitzungsleitung.

TOP 9.15. 23. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, Feststellungsbeschluss (Bereich des Bebauungsplans Nr. 55 - Hafenstraße -)

06/1697

B845-32/19 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es erklärt sich kein Mitglied der Bürgerschaft vom Mitwirkungsverbot gemäß § 24 Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalverfassung KV M-V) betroffen.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„ Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Feststellungsbeschluss zur 23. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald wie folgt:

1. Die während der öffentlichen Auslegungen des Vorentwurfs und der Entwürfe der 23. Änderung des Flächennutzungsplans vorgebrachten Anregungen der Öffentlichkeit sowie die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Bürgerschaft geprüft und beschließt, wie im Abwägungsprotokoll der Anlage 1 aufgeführt. Der Oberbürgermeister wird die Öffentlichkeit sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Anregungen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis unter Angabe der Gründe in Kenntnis setzen.

2. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die 23. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (Anlage 2).

3. Die Begründung einschließlich Umweltbericht zur 23. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (Anlage 3) wird gebilligt.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
36	1	1

TOP 9.16. 17. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, Änderungs-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss (Bereich des Bebauungsplans Nr. 115 - Am Aalbruch -)

06/1698

B846-32/19

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Es erklärt sich kein Mitglied der Bürgerschaft vom Mitwirkungsverbot gemäß § 24 Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalverfassung KV M-V) betroffen.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„ Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Änderungs-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zur 17. Änderung des Flächennutzungsplans wie folgt:

1. In Abänderung des Aufstellungsbeschlusses zur 17. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (Beschluss-Nr. B465-31/08 vom 18.02.2008) wird die Plangrenze, wie im Entwurf der Planzeichnung (Anlage 1) dargestellt, beschlossen.
2. Der Änderungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich bekanntzumachen.
3. Der Flächennutzungsplan der Universitäts- und Hansestadt Greifswald soll geändert werden (Abgrenzung gemäß Plan der Anlage 1). Ziel ist es, im Planbereich die gewerbliche Baufläche künftig als Wohnbaufläche darzustellen.
4. Die frühzeitige Unterrichtung und Erörterung über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung erfolgte gemäß § 3 Absatz 1 Satz 3 Nr. 2 BauGB über Beteiligung zum Vorentwurf des Bebauungsplans Nr. 115 – Am Aalbruch -.
5. Der Entwurf der 17. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (Anlage 1) sowie dessen Begründung mit Umweltbericht (Anlage 2) werden in den

vorliegenden Fassungen gebilligt.

6. *Der Entwurf der 17. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald (Anlage 1) sowie dessen Begründung mit Umweltbericht (Anlage 2) sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zu dem Entwurf der 17. Änderung des Flächennutzungsplans, einschließlich dessen Begründung mit Umweltbericht, zu beteiligen. Die öffentliche Auslegung des Entwurfs der 17. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und dessen Begründung mit Umweltbericht ist ortsüblich bekannt zu machen.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
38	0	0

TOP 9.17. 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 65 - Grimmer Straße -; Satzungsbeschluss

06/1699 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
B847-32/19

Frau Görs erklärt sich vom Mitwirkungsverbot gemäß § 24 Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalverfassung KV M-V) betroffen.

Herr Burmeister

- . stellt anhand der Ausschnitte aus dem Abwägungsprotokoll dar, dass der Besitzer des Grundstückes den B-Plan nicht zur Kenntnis genommen habe. Die Stadt stelle nun eine Änderung des B-Planes auf, welche dazu führe, dass die vorherigen Maßnahmen des Besitzers durch die Bürgerschaft geheilt würden.
- . hält dies für falsch und fordert daher die Mitglieder der Bürgerschaft dazu auf, der Beschlussvorlage nicht zuzustimmen.

Herr Dr. Kerath

- . beantragt, dass die Senatorin die Fragen beantworte.

Frau von Busse

- . übergibt das Wort an Herrn Kaiser.

Herr Kaiser

- . sagt, dass die Flächennutzungsplanänderung zuerst vorgenommen worden sei. Danach habe es eine Maßnahme des privaten Investors gegeben. Weitere Aussagen diesbezüglich könnten im öffentlichen Teil nicht getroffen werden.

Herr Kramer

- . beantragt gem. § 9 Abs. 3 c) der Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald den TOP aufgrund der Brisanz zu vertagen.
- . regt an, dass die zuständige Ortsteilvertretung eine Vorortbesichtigung vornehme.

Herr Dr, Kasbohm

- . sagt, dass darüber bereits ausführlich in den Ausschüssen diskutiert worden sei.

Frau Socher lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage in die Fachausschüsse verwiesen werden soll:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
4	mehrheitlich	einige

Herr Dr. Kerath

- . geht auf die Anregungen des Bürgers ein. Im Abwägungsprotokoll heiße es in der Stellungnahme der Verwaltung, dass die Hinweise zur Kenntnis genommen worden seien und der B-Plan nicht zu ändern sei. Das Mindeste sei, dass man dem Bürger die

Gründe mitteile und auch die Bürgerschaft müsse darüber informiert sein, um eine vernünftige Entscheidung treffen zu können.

Frau von Busse

. informiert, dass es sich beim B-Plan-Verfahren um ein formales Verfahren handele, bei dem bestimmte Belange im Rahmen der B-Planung berücksichtigt würden oder nicht. Die Hinweise von Herrn Obst seien in diesem Verfahren nicht das erste Mal vorgetragen worden und er habe jeder Zeit eine Antwort erhalten. Im Abwägungsprotokoll werde jedoch kein Schriftverkehr mit Privatpersonen dargestellt. Es werde stattdessen aufgezeigt, was aus baurechtlichen bzw. abwägungsrechtlichen Gründen zu berücksichtigen sei und was nicht. Dass die von Herrn Obst genannten Punkte in der Abwägung nicht zu berücksichtigen seien, ergebe sich aus der von Herrn Dr. Kerath genannten Passage. Was auf dem Grundstück passiert sei, habe nichts mit dem B-Plan zu tun. Es handele sich dabei um ein anderes Verfahren.

Herr Krüger

. beantragt die Herstellung von Nichtöffentlichkeit.
 . beantragt danach im Namen seiner Fraktion eine Auszeit, um beraten zu können, wie sich die Fraktion in der Abstimmung verhalten werde.

Frau Socher lässt darüber abstimmen, ob die Nichtöffentlichkeit hergestellt werden soll:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	8	1

Die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.

(Das Protokoll dieses nichtöffentlichen Teils wird dem öffentlichen Protokoll als nichtöffentliche Anlage beigefügt.)

Nach der Beratung in nichtöffentlicher Sitzung stellt Frau Socher die Öffentlichkeit wieder her und teilt mit, dass es eine fünfminütige Pause gebe.

P A U S E
20:37 – 20:44 Uhr

Herr Dr. Bittner

. informiert, dass zum wiederholten Mal der Fall aufgetreten sei, dass eine Grünfläche einer privaten Baumaßnahme weichen müsse. Wenn der B-Plan neu aufgestellt werde, sei dies ein legitimer Weg. Aber wenn der B-Plan bereits bestehe, sollte alles daran gesetzt werden, dass sich die Verhältnisse der Grünflächen verbessern anstatt verschlechtern.

Herr König

. werde der Änderung des B-Plans zustimmen. Es liege in der Natur der Sache, dass der Boden versiegelt werde, wenn Wohnraum geschaffen werde. Die Frage sei, wie die Fehlleistung des Bauherrn geahndet werde.
 . sieht es nicht so, dass ihm deshalb das Baurecht verweigert werden sollte. Dafür gebe es das Ordnungswidrigkeitsverfahren.
 . bittet darum, dass die Bürgerschaft über das Ergebnis in Kenntnis gesetzt werde, wenn das Verfahren abgeschlossen worden sei.

Frau Witt

. beantragt, das Rederecht für den Eigentümer der Fläche.

Frau Socher lässt über den Antrag zum Rederecht abstimmen:

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	3	1

Der Eigentümer

. betont, dass er keinen Baum gefällt habe. 2016 habe er von der Stadt die Auflage erhalten, die städtische Hecke zum Spielplatz zu beschneiden. Außerdem habe er eine Kopfeiche, die zu 80 Prozent hohl sei, geköpft, was bei dieser Baumart aber üblich sei.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„ Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Satzungsbeschluss zur 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 65 – Grimmer Straße – wie folgt:

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs zur 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 65 - Grimmer Straße - vorgebrachten Anregungen der Öffentlichkeit sowie die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Bürgerschaft geprüft und beschließt, wie im Abwägungsprotokoll der Anlage 1 aufgeführt. Der Oberbürgermeister wird die Öffentlichkeit sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Anregungen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis unter Angabe der Gründe in Kenntnis setzen.
2. Aufgrund des § 10 i. V. m. § 13a des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I, S. 3634), sowie nach § 86 der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2015 (GVBl. M-V, S. 344), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 05. Juli 2018 (GVBl. M-V, S. 221), beschließt die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald die 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 65 - Grimmer Straße -, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), als Satzung (Anlage 2).
3. Die Begründung zur 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 65 – Grimmer Straße – wird gebilligt (Anlage 3).
4. Der Oberbürgermeister gibt den Beschluss zur Satzung über die 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 65 - Grimmer Straße - gemäß § 10 BauGB ortsüblich bekannt. Dabei ist auch anzugeben, wo der Plan mit Begründung während der Sprechzeiten eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.“

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	20	7	10

TOP 9.18. Änderungssatzung zur KUS-Satzung bzgl. Schwimmbad-Kurzzeittarife

06/1728.1 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
B848-32/19 Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„ Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die nachstehenden Änderungen in §3 Leistungen bzgl. „Freizeitbad ohne Sauna“ der Satzung für den Kultur- und Sozialpass der Universitäts- und Hansestadt Greifswald:

- mit Zeitbegrenzung auf 90 min Erwachsene ab 16 Jahre 1,90 € (zzgl. Wochenend-zuschlag) auf den gültigen Tarif, Kinder ab einem Meter Körpergröße 2,40 € (zzgl. Wochenendzuschlag) auf den gültigen Tarif“

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	0	1

TOP 9.19. Begrenzung der Elternbeiträge

06/1736.1 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
B849-32/19

Herr von Malottki

. bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Spring

. bemängelt, dass diese Beschlussvorlage nicht in den Fachausschüssen behandelt worden sei.

- . kritisiert, die Geschichte dieser Beschlussvorlage: Sie sei im Zuge der Haushaltsberatung bereits von der Bürgerschaft abgelehnt worden. Im Nachhinein werde ein Auszählfehler unterstellt und die Beschlussvorlage werde erneut eingereicht.
- . findet, dass die Beschlussvorlage unsozial sei, da das Geld an alle Eltern verteilt werde. Man sollte lieber nur die Mindestlohnempfänger oder Geringverdiener unterstützen.
- . beantragt, dass die Beschlussvorlage in die Fachausschüsse verwiesen werde.

Herr Dr. Kasbohm

. sagt, dass die Fraktion die Beschlussvorlage unterstütze. Besonders interessant sei das Kita-Budget.

Herr von Malottki

. hält eine Gegenrede zum Antrag zur Verweisung in die Fachausschüsse.

Frau Socher lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen und den Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend verwiesen werden soll:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
16	19	3

Herr von Malottki

. stellt klar, dass die ursprüngliche Vorlage im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen beraten worden sei und diese Thematik bereits 2017 im Ausschuss für Sport, Soziales und Jugend diskutiert worden sei.

- . weist den Vorwurf zurück, dass es sich um eine unsoziale Vorlage handele. Die Eltern, die davon profitieren würden, seien oftmals ganz normale Menschen aus der Mittelschicht. Außerdem solle hier ein Anreiz gesetzt werden, damit das Kind aufgrund der finanziellen Belastung nicht leiden müsse.
- . hebt die Wichtigkeit der Kita-Budgets hervor.

Herr Burmeister

. fragt,

- ob es sich hierbei um zusätzlich ausgereichte Mittel handele.
- ob die Verwaltung darüber informiert sei.
- ob der Beschlusstext in der Form gefasst werden könne, wenn noch nicht feststehe, ob das Geld ausgereicht werde.
- was es bedeute, wenn das Geld doch nicht ausgereicht werde bzw. es sich nicht um zusätzliche Mittel handele.

. kritisiert die Bezeichnung „Herdprämie“.

Frau Socher

. informiert, dass das Geld bereits im Kreistag von Herrn Scheer auf Anfrage von Herr von Malottki bestätigt worden sei.

Der Oberbürgermeister

. berichtet, dass es eine Pressemitteilung gegeben habe, in der mitgeteilt worden sei, dass diese Gelder ausgezahlt würden. Dabei seien die Summe für das gesamte Land genannt worden. Außerdem gebe es die Aussage aus dem Kreistag.

Herr Spring

. sagt, dass er bereits vor zwei Jahren den Vorschlag unterbreitet habe, die Betreuungsgelder auf die Kitas aufzuteilen.

Herr Krüger

. erklärt, dass sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 bei der ersten Vorlage sehr schwer getan habe, da sie die Kopplung zum Haushalt berücksichtigt hätte. Bei dieser Vorlage sei der Vorbehalt jedoch bereits in die Beschlussvorlage eingearbeitet. Daher werde die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Forum 17.4 der Beschlussvorlage zustimmen.

Herr Burmeister

. stellt folgenden Änderungsantrag:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt, die für das Jahr 2019 an die UHGW **möglicherweise** ausgereichten Mittel aus dem ehemaligen Betreuungsgeld zur Beibehaltung der Kostendeckelung der Elternbeiträge für den Eigenbetrieb und die freien Trägern zu verwenden. Die nicht verwendeten Mittel sind an die Kindertagesstätten im Rahmen der KiTa Budgets für qualitative Verbesserungen auszureichen.“*

Herr Lerm

. bittet, den Änderungsantrag nicht zu übernehmen. Für die Umsetzung des Beschlusses müssten Gebührenbescheide erstellt werden. Aber wie solle vorgegangen werden, wenn das Geld nicht ausgereicht werde? Solle das Geld von den Eltern zurückgefordert werden?

Der Änderungsantrag wird zurückgezogen.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt, die für das Jahr 2019 an die UHGW ausgereichten Mittel aus dem ehemaligen Betreuungsgeld zur Beibehaltung der Kostendeckelung der Elternbeiträge für den Eigenbetrieb und die freien Trägern zu verwenden. Die nicht verwendeten Mittel sind an die Kindertagesstätten im Rahmen der KiTa Budgets für qualitative Verbesserungen auszureichen.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
21	14	3

TOP 9.20. Maßnahmekatalog zur Unterstützung der Schaffung von sozialem und bezahlbarem Wohnraum in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

06/1746.1

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr von Malotki

. beantragt die Verweisung dieser Beschlussvorlage und der nachträglichen Beschlussvorlage der Verwaltung „Anregungen zur Förderung bezahlbaren Wohnens in Greifswald“ (06/1777) in die Fachausschüsse sowie die Behandlung beider Beschlussvorlagen in der AG „Bezahlbarer Wohnraum“.

Es gibt keine Gegenrede. Damit sind die Beschlussvorlagen verwiesen.

Herr Embach verlässt während des TOPs die Sitzung der Bürgerschaft.

TOP 9.21. Keine Serviceverschlechterungen für die Bürger in Greifswald bei der Müllentsorgung

06/1758.1

Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Herr von Malottki

. bringt die Beschlussvorlage ein.

Frau Socher

. merkt an, dass es sich hierbei um Aufgaben des Kreises handele.

Herr Madjarov

. beantragt die Verweisung in die Fachausschüsse.

Es gibt keine Gegenrede. Damit ist die Beschlussvorlage in die Fachausschüsse verwiesen.

TOP 9.22 Anregungen zur Förderung bezahlbaren Wohnens in Greifswald

06/1777 siehe TOP 9.20 (Seite 26)

TOP 9.23 Wahlaufruf der Bürgerschaft und des Oberbürgermeisters

06/1783 Die Präsidentin der Bürgerschaft ruft den Tagesordnungspunkt auf.
B850-32/19

Herr Oberst

. bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr Kramer

. merkt an, dass aus der Beschlussvorlage nicht hervorgehe, wie und wo dieser Aufruf erfolgen solle.

Herr Oberst

. erklärt, dass dies beispielsweise im Stadtblatt, in Pressemitteilungen, im Radio oder auf der Homepage der Universitäts- und Hansestadt Greifswald erfolgen könne.

Herr Kruse

. sagt, dass er nichts gegen einen Wahlaufruf des Oberbürgermeisters auszusetzen habe.

. fragt sich jedoch, wozu diese Beschlussvorlage erarbeitet worden sei.

Frau Socher lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Die Bürgerschaft ruft die Einwohner*innen von Greifswald auf, am 26. Mai zur Kommunal- und Europawahl zu gehen.*

Die Bürgerschaft beschließt außerdem:

*Der Oberbürgermeister startet einen Wahlaufruf für alle Greifswalder*innen zur Europawahl.*

*Der Aufruf soll insbesondere an die nicht deutschen EU-Bürger*innen zum Eintragen in das Wählerverzeichnis gerichtet werden. Der Aufruf soll in der Sprache ihrer Heimatregion formuliert werden.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	5	7

TOP 10. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft

Herr Dr. Bittner

. bittet darum, dass die Mitglieder des Ausschusses für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung bezüglich des Baumschutzes rechtzeitig über Begehungen, Gutachten und möglicherweise zu fällende Bäume informiert werden, sodass sie im besten Fall auch die Chance hätten, sich darüber auszutauschen.

Herr Rodatos

. erzählt, dass verstärkt berichtet worden sei, dass es bei der diesjährigen Ummeldekampagne Nachfragen zur Auszahlung der Ummeldeprämie für diejenigen, die mit Hauptwohnsitz in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald gemeldet seien, gegeben habe. Laut Protokoll der letzten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Universität und Wissenschaft sollte es eine Antwort darauf geben.

. möchte wissen, ob diese bereits vorliege.

. bittet darum, die Ergebnisse der Ummeldekampagne im März in die jeweiligen Fachausschüsse zu geben.

Herr Lange

. fragt nach dem Stand der Bauarbeiten Am Treidelpfad. Diese sollten ursprünglich Ende Dezember fertiggestellt werden.

Dies werde geprüft und nachgereicht.

TOP 11. Schluss der Sitzung

Die Präsidentin der Bürgerschaft beendet den öffentlichen Teil der Sitzung der Bürgerschaft um 21:25 Uhr.

für das Protokoll

Birgit Socher
Präsidentin
für TOP 1 – TOP 9.13
und für TOP 9.15 – TOP 11

Sarah Wiesenberg
Sachbearbeiterin
Sitzungsdienst
Bürgerschaft

Thomas Mundt
1. Vizepräsident
für TOP 9.14

Anlagen:

- zu TOP 5: Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses
- zu TOP 6: Mitteilungen der Präsidentin über nichtöffentlich gefasste Beschlüsse nach § 31 (3) der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern
- zu TOP 7: Fragen und Beantwortung der Großen Anfrage
- zu TOP 7: Stände des Verkehrskonzeptes Innenstadt
- zu TOP 9.17: Protokoll zu diesem nichtöffentlichen Teil